

Amt Gnoien

Der Amtsvorsteher

Altkalen • Behren-Lübchin • Boddin • Finkenthal • Stadt Gnoien • Lühburg • Walkendorf • Wasdow

[Amt Gnoien • Postfach 1128 • 17176 Gnoien](#)

www.amt-gnoien.de

Gemeinde Dobbertin im
Amt Goldberg-Mildenitz
Lange Straße 67

19399 Goldberg

05.04.2011

Hausanschrift:

Teterower Str. 11 a, 17179 Gnoien

Amt: Leitende Verwaltungsbeamtin

Sprechzeiten:

Di 09.00 – 12.00 Uhr 13.00 – 18.00 Uhr

Do 09.00 – 12.00 Uhr 13.00 – 15.00 Uhr

Fr 08.00 – 10.00 Uhr

Ihr Ansprechpartner	Telefon	Fax	E-Mail
Frau Jutta Finke	039971 - 18211	039971 - 18219	finke@amt-gnoien.de

Aktionsbündnis gegen kommunale Schulden

Sehr geehrter Herr Tober,

sehr gern übersende ich Ihnen hiermit im Namen aller *Gemeinden des Amtes Gnoien*

- *Gemeinde Altkalen*
- *Gemeinde Behren-Lübchin*
- *Gemeinde Boddin*
- *Gemeinde Finkenthal*
- *Stadt Gnoien*
- *Gemeinde Lühburg*
- *Gemeinde Walkendorf*
- *Gemeinde Wasdow*

die Erklärung zum Beitritt zum „Aktionsbündnis gegen kommunale Schulden“.

Wir sind erfreut darüber, dass *Gemeinden Ihrer Ämter* die Fäden in die Hand genommen haben und mit dieser Initiative die Möglichkeit eröffnen, gemeinsame Probleme auch gemeinsam anzusprechen.

Eine verfassungsgerechte Finanzausstattung der *Gemeinden* steht auch bei unseren Forderungen an erster Stelle.

Bankverbindung:
Bankverbindung:

OSPA Rostock,
Raiffeisenbank eG Malchin

Konto-Nr. 0765 111 110
Konto-Nr. 453 455

BLZ: 130 500 00
BLZ: 150 616 98

Schon in der Stellungnahme zum Entwurf des FAG haben wir mit Schreiben vom 02.10.2009 von der Landesregierung gefordert, den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten. Mehrere Landtagsabgeordnete wurden im Arbeitsgespräch auf die gravierenden Auswirkungen des FAG auf unsere acht Gemeinden im Haushaltsjahr 2010 und den Folgejahren hingewiesen, ebenso auf die Problematik der angedrohten Altfehlbetragumlage. Mit einer Demonstration, was den Gemeinden zukünftig drohen könnte, begannen wir die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Gnoien am 15. Oktober 2009: Der Gast, Herr Dr. Nieszery, MdL, musste im Dunkeln reden, unter anderem über das Finanzausgleichsgesetz. Unsere Geste war eindeutig: Wenn der Landtag das Gesetz in der vorliegenden Form verabschieden sollte, gehen in den Gemeinden die Lichter bald völlig aus.

Das Gesetz ist jetzt verabschiedet und wir müssen mit den Konsequenzen umgehen lernen und nach Möglichkeiten suchen - sei es auch auf dem Rechtswege - die Situation der Gemeinden zu verbessern.

Wir sind es leid, unseren Bürgern stets und ständig sagen zu müssen, dass wir „das“ nicht oder nicht ausreichend finanzieren können: Winterdienst, Reparaturen im Straßen- und Wegenetz, Mittel für die Feuerwehren, Mittel für Jugend- und Seniorenarbeit und zu wenig Möglichkeiten, Ordnung und Sauberkeit auf gemeindeeigenen Flächen herzustellen. Erst recht für kreative Ideen ist kein Geld da, kreative Ideen, die man braucht, um die Abwanderung der jungen Leute - unsere künftigen Fachkräfte also und unsere zukünftigen Eltern - zu vermeiden. Was macht denn das Leben auf dem Lande noch lebenswert, wenn alles wegen fehlender Mittel flach fällt. Es können doch nicht alle in die größeren Städte/Zentren ziehen. Wie sollen wir denn die demokratische Mitbestimmung in den Gemeinden umsetzen, wenn die im Gesetz festgeschriebenen Mittel hinten und vorne nicht reichen?

Und wir haben es über, ständig unsere wenigen Unternehmer regelrecht anbetteln zu müssen, damit entweder ein Weg schneefrei geschoben wird oder vielleicht das Geld für die Organisation eines Dorffestes gespendet wird. Zusammengefasst sei gesagt: Mit diesem Finanzausgleichsgesetz ist den Gemeinden die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht mehr ausreichend möglich.

Eines sollte aber unbedingt noch verdeutlicht werden. Die Einführung der sogenannten „Doppelten Haushaltsführung“, eigentlich richtig für Firmen und auch kommunalen Eigenbetriebe, die also auch Mittel erwirtschaften können und müssen, führt die Gemeinden in eine unzumutbare finanzielle Situation. Das System der Abschreibungen und die daraus zwangsläufigen Rückstellungen überfordern die kommunalen Haushalte bei Weitem. Schon jetzt reichen, wenn überhaupt, nach Abzug der Mittel für Kreisumlage, Amtsumlage, Schulumlage und

Gemeindeanteil an der Kita- Finanzierung die Zuweisungen kaum für die Erfüllung der Pflichtaufgaben. Was in 2012 zu erwarten ist, wird das finanzielle Desaster der Gemeinden sein.

Lassen Sie uns gemeinsam dieses Aktionsbündnis mit Leben erfüllen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß an die Lenkungsgruppe



Claus Peter Gering
Amtsvorsteher